
11313/J XXVII. GP

Eingelangt am 15.06.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Justiz
**betreffend präventive Maßnahmen zum Schutz der Kinder vor sexuellem
Missbrauch und Gewalt**

Die jüngsten Vorfälle bezüglich einem Missbrauchsverdacht in den Wiener Kindergärten ziehen weite Kreise, die Wiener Zeitung berichtet diesbezüglich unter anderem:

Mehr als ein Jahr informierte ein städtischer Kindergarten die Eltern möglicher Missbrauchsoffer nicht und belog sie. Nahm die Behörde die Kinder weniger ernst als den mutmaßlichen Täter?

[...]

Experten warnen davor, Kinder, die von sexuellen Übergriffen erzählen, nicht ernst zu nehmen. "An den Schilderungen ist meistens etwas dran", heißt es aus dem Verein "Selbstlaut". Zwar können Kleinkinder Zeit, Ort und Person verwechseln, dass Missbrauch stattgefunden hat, sei allerdings eher wahrscheinlich. "Kleine Kinder berichten oft spontan von Missbrauchserfahrungen", sagt Martina Wolf, Geschäftsführerin im Bundesverband Österreichischer Kinderschutzzentren. "Je älter sie werden, desto schambesetzter empfinden sie die Vorfälle und schweigen."¹

Das Bündnis-Kinderschutz-Österreich setzt sich für den Kampf gegen Kindesmissbrauch ein und hat dazu auch ein Kinder-Präventionsbuch aufgelegt, welches kostenfrei an Kinder und Familien verteilt wird.²

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz nachstehende

¹ www.wienerzeitung.at/nachrichten/chronik/wien-chronik/2148200-Eisernes-Schweigen.html

² www.buendnis-kinderschutz.at

Anfrage

1. Welche präventiven Maßnahmen wurden/werden von Ihrem Ministerium unterstützt bzw. selbst gesetzt, um für die verschiedenen Facetten von sexueller Gewalt, die Kindern und Jugendlichen widerfahren können, Bewusstsein zu schaffen und diese zu verhindern – einerseits bei den Kindern und Jugendlichen, andererseits bei den Eltern, Pädagogen und dem Personal in den betreffenden Einrichtungen, die Kinder betreuen?
2. Ist Ihnen die Initiative „Bündnis-Kinderschutz-Österreich“ bekannt? Welche anderen Initiativen sind Ihnen bekannt, die sich aktiv für den Kinderschutz einsetzen?
3. Welche juristische Opferbetreuung wird nach der Tat umgehend angeboten?
4. Wer trägt die Kosten dafür?
5. Welche psychologische Opferbetreuung wird nach der Tat umgehend angeboten?
6. Wer trägt die Kosten dafür?
7. Wie werden die Eltern bei der Aufarbeitung unterstützt?